Diesel-Gipfel

Verbände machen sich für E-Autos stark

[05.09.2017] Die Branchenverbände VKU und BDEW forderten nach dem gestrigen Diesel-Gipfel mehr Förderung für die Elektro- und Erdgasmobilität. Aber auch bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau der Ladeinfrastruktur und der Verteilnetze müssten geschaffen werden.

Michael Ebling (SPD), Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) und Mainzer Oberbürgermeister, hat am gestrigen Dieseltreffen im Bundeskanzleramt teilgenommen. Sein Resümee: „Fahrverbote würden dem kommunalen Leben den Stecker ziehen. Kurzfristige Maßnahmen im kommunalen Fuhrpark müssen hingegen gefördert werden." Konkret bedeute das, dass die Nach- und Umrüstung von Müllautos, Kehrmaschinen und Fahrzeugen im ÖPNV gefördert werden müsse. Ein Programm zur Anschaffung von 10.000 Bussen mit Erdgas, E- oder Wasserstoffantrieb könne weitere Luftschadstoffe reduzieren und gleichzeitig einen Schub für saubere Technologien auslösen. Und: Die Bedingungen für den Um- und Ausbau der Stromverteilnetze und der Ladeinfrastruktur müssten besser werden. Nur so könne ein flächendeckendes Tankstellennetz für E-Autos aufgebaut werden.
Die Aufstockung der Mittel auf eine Milliarde Euro für den bestehenden Fonds bezeichnete Ebling als ersten guten Schritt. Allerdings habe sich die Diskussion von Bund und Ländern bislang zu wenig an den sehr konkreten Vorschlägen und Maßnahmen der Kommunen orientiert. Dies bleibe dann wohl dem angekündigten zweiten Treffen für Ende Oktober vorbehalten.

Konzentrierter Einsatz von Fördermitteln

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) nahm den Autogipfel ebenfalls zum Anlass, um erneut die Potenziale von alternativen Antriebstechnologien wie Elektro- und Erdgasmobilität zu unterstreichen. Die Fördermittel für Elektromobilität sollten sich aus Sicht des Verbandes dabei zunächst auf die Ladesäuleninfrastruktur konzentrieren. Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, sagte gestern in Berlin: „Der zügige Ladesäulen-Ausbau ist der Königsweg, um der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen. Für eine Million E-Autos auf den Straßen sind 70.000 Normalladepunkte und 7.000 Schnellladepunkte erforderlich." Da sich der Betrieb der Säulen heute noch nicht lohne, seien Förderprogramme immens wichtig. Kapferer forderte zudem: „Beim Aufbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge ist die Energiewirtschaft in den letzten Jahren massiv in Vorleistung gegangen. Jetzt ist die Automobilindustrie am Zug: Sie muss endlich Modelle auf den Markt bringen, die in Preis und Leistung den Nutzererwartungen entsprechen." Ambitionierte CO2-Grenzwerte könnten den Umstieg auf klimaschonende Fahrzeuge dabei forcieren, so Kapferer.
Zu den Potenzialen der Erdgasmobilität sagte Kapferer: „Erdgas und Bio-Erdgas sind wichtige Bausteine im zukünftigen Kraftstoffmix. Erdgasfahrzeuge stoßen 90 Prozent weniger CO2 als Diesel aus und produzieren nahezu keinen Feinstaub. Im Vergleich zu Diesel entstehen rund 95 Prozent weniger Stickoxide. Es gibt eine vielfältige Modellpalette an Fahrzeugen sowohl für den privaten als auch den gewerblichen Bereich."

Zehn Forderungen zum Hochlauf der Elektromobilität

Für den Bereich der Elektromobilität hat der BDEW zudem ein Zehn-Punkte-Papier vorgelegt. Darin fordert der Verband:

- Ambitionierte CO2-Flottengrenzwerte für PKW und Nutzfahrzeuge zur Erreichung der Ziele des Klimaschutzplans.
- Zügiger und unbürokratischer Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur.
- Förderprogramm für private und gewerbliche Ladelösungen.
- Abbau rechtlicher Hürden für die private Ladeinfrastruktur im Gebäudebestand.
- Regelung der Ladeinfrastruktur bei Renovierungen und neuen Wohn- und Gewerbeimmobilien auf EU-Ebene.
- Schaffung von Rechtssicherheit beim Eichrecht und bei der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz).
- Planungssicherheit und Transparenz bei Fahrzeugdaten und Ladepunktdaten.
- Optimierung des Netzausbaus und Integration der Strom-, Wärme- und Kraftstoffmärkte auf Basis von erneuerbarer Energie durch verbindliche Rahmenbedingungen für den Netzanschluss.
- Ermöglichung zur Teilnahme von Ladeinfrastruktur und Elektrofahrzeugen an zukünftigen Flexibilitätsmärkten sowie Ermöglichung von Smart Grids.
- Förderung von Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau.

(me)

Handlungsempfehlungen zur Förderung der Elektromobilität (PDF; 140 KB)

Stichwörter: Elektromobilität, BDEW, Politik, VKU